

Motion Fraktion FDP (Philippe Müller): Generalvollmacht zur Überprüfung der Angaben bei Sozialhilfe bei Gesuchstellung

An seiner Sitzung vom 4. September 2008 hat der Berner Stadtrat den Bericht „Sozialmissbrauch in der Stadt Bern“ des Ausschusses Sozialhilfe an die Kommission für Soziales, Bildung und Sport (SBK) vom 20. Juni 2008 zustimmend zur Kenntnis genommen.

In diesem Bericht empfiehlt der Ausschuss in Empfehlung E23, dass eine Generalvollmacht abgegeben soll, wer sich bei der Sozialhilfe anmeldet, damit überhaupt die Möglichkeit besteht, die Angaben, z.B. beim Strassenverkehrsamt, bei der Steuerbehörde, bei Banken etc. zu überprüfen. Die Generalvollmacht ist, so weit gehend wie gesetzlich möglich, auszugestalten. Diese Überprüfung soll nur im Verdachtsfall erfolgen. Gemäss Auskunft der Sozialdirektion wurde das bisher noch nicht entsprechend gehandhabt, weil noch nie ein solcher Antrag gestellt worden sei. Unter Umständen kann auch mit Einzelvollmachten gehandelt werden.

Daher fordern wir den Gemeinderat auf, dass inskünftig bei der Gesuchstellung im Intake eine Generalvollmacht (resp. Einzelvollmachten) durch die Sozialhilfebezüger/innen unterzeichnet wird für die Überprüfung der Angaben. Die Überprüfung erfolgt im Verdachtsfall.

Bern, 30. April 2009

Motion Fraktion FDP (Philippe Müller), Mario Imhof, Jacqueline Gafner Wasem, Hans Peter Aeberhard

Die Dringlichkeit wird vom Stadtrat abgelehnt.

Antwort des Gemeinderats

Die Motion betrifft inhaltlich einen Bereich, der in der gemeinderätlichen Zuständigkeit liegt. Der Motion kommt deshalb der Charakter einer Richtlinie zu.

Der Gemeinderat verweist auf seine Antwort vom 18. März 2009 auf das Postulat Fraktion FDP (Philippe Müller) vom 18. September 2009: „Generalvollmacht zur Überprüfung der Angaben bei Sozialhilfe“ mit gleichem Wortlaut wie die vorliegende Motion, welches vom Stadtrat am 23. April 2009 erheblich erklärt wurde. Nähere Ausführungen, u.a. zu Folgen für das Personal und die Finanzen, erfolgen im Begründungsbericht.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären.

Bern, 28. Oktober 2009

Der Gemeinderat